

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20/Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seifner Straße 52, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige
Pfeilzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 21.

Sonnabend, den 20. Mai 1916.

20. Jahrgang.

Das Reichsamt des Innern über die Steuerzulage in der Steinindustrie.

Die Gewährung von Steuerzulagen wollte in der Steinindustrie nicht recht in Fluß kommen. Es wurde zunächst der schlechte Stand unserer Industrie vorgeschickt. Zu Ende des Vorjahres wandte sich unsere Verbandsleitung an den Verband Deutscher Steinbruchs- und Steinmetzgeschäfte mit dem Sieg in Berlin, damit für die Steinarbeiter allgemein eine Steuerzulage gewährt werden sollte. Dieser Verband hatte zum Jahreswechsel seine Firma geändert und titulierte sich nun: Deutscher Steinindustrie-Verband (Sieg Berlin). Die Vorstandschäft des neuen Unternehmerverbandes fand sich dann endlich bemüht, auf unsere Eingabe vom 18. Februar 1916 Mitantwort zu geben. Wir haben die sonderbare Antwort bereits im „Steinarbeiter“ (Nummer 9) zum Ausdruck gebracht, müssen aber zur Orientierung unserer Leser die wörtliche Wiedergabe jenes Schriftstückes wiederholen.

Das Schreiben lautet:

Berlin, 16. Februar 1916.

An den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.

Leipzig.

Tagel.-Nr. 350/16. Betr.: Steuerzulage.

Im Anschluß an unser Schreiben vom 18. Dezember v. J. sehen wir uns zu unserm lebhaften Bedauern leider nicht in der Lage, der Bitte um Gewährung einer Steuerzulage in Anbetracht der verteuerten Lebensmittel zu entsprechen.

Unsere beiden Sitzungen, sowohl des Ausschusses am 17. Januar d. J. wie auch die des Vorstandes am 14. d. M. standen auf dem Standpunkte, daß mit Rücksicht auf die derzeitige äußerst prekäre Lage der deutschen Steinindustrie, zu deren Verbesserung behördlicherseits trotz aller Eingaben bis jetzt absolut nichts geschehen ist, und voraussichtlich auch nichts geschieht, sondern im Gegenteil zu deren Verschlechterung die behördlicherseits erlassenen Verordnungen und Maßnahmen nur noch weiter beitragen, die Bewilligung einer Steuerzulage zu ihrem größten Wohlfühlen nicht verantwortet werden könne.

Von allen Seiten wurde dabei im Hinblick auf die über alles Maß verteuerten Lebensmittelpreise betont, daß an sich der Wunsch der Arbeiter bezüglich einer Steuerzulage zwar gerechtfertigt, von der deutschen Steinindustrie jedoch noch zu ihren bisherigen Lasten nicht getragen werden könne. Das haben insbesondere auch nach den Mitteilungen der in der Sitzung anwesenden Herren betont, daß die Jahresabschlüsse vieler Firmen mit bescheidenen Unterbilanzen abschließen.

Im Hinblick auf diese Tatsachen, die auch Ihnen dort nicht unbekannt sein dürften, wurde in unserer Ausschusssitzung, zu der die Vertreter unserer sämtlichen Bezirksverbände erschienen waren, die Gewährung einer Steuerzulage einstimmig abgelehnt.

Hochachtungsvoll
Deutscher Steinindustrie-Verband

Der stellvertretende Vorsitzende: W. Herzog, Steinmetzobermeister.

Diese Antwort befragt doch, daß die Unternehmer die Gewährung einer Steuerzulage nicht ablehnten. Ausdrücklich wurde betont, daß die Ablehnung durch die Bezirksvertreter sogar

einstimmig erfolgte.

Das Schreiben des Deutschen Steinindustrie-Verbandes löste unter den Steinarbeitern helle Entrüstung aus; die Steuerung war ins Unermeßliche gestiegen, aber trotzdem kam jener Beschluß zustande. Bei den Herren Unternehmern im Lande draußen fand der Beschluß aber dadurch seine Bekräftigung, daß bei allen lokalen Verhandlungen auf denselben verwiesen wurde. Da zur Zeit an die Durchführung von Wirtschaftskämpfen nicht gut zu denken ist, wandte sich unsere Verbandsleitung, die die Frage wegen der Gewährung von Steuerzulagen mit großer Mühseligkeit und großem Geschick vertrat, unterm 25. Februar 1916

zwecks einer Vermittlung

an das Reichsamt des Innern. Unsere Eingabe war natürlich in eingehendster Weise begründet, aber da wiederum eine geraume Zeit verstrichen war, so wurde an das Reichsamt des Innern am 24. April abermals eine Eingabe in dieser für die Arbeiter so wichtigen Sache abgeschickt.

Darauf ging uns nun folgende Antwort zu, die unsere Kollegen höchlich mit großem Interesse, aber auch mit Befriedigung lesen werden.

Das Schreiben lautet:
Der Staatssekretär des Innern.

II 1295. II. Abg.

Berlin W 6, den 28. April 1916.

Wilhelmstr. 74.

Ans Anlaß der Eingabe des Zentralverbandes vom 25. Februar d. J. habe ich mich, dem dorthin entsprechend, mit dem Vorstande des Deutschen Steinindustrie-Verbandes in Berlin in Verbindung gesetzt. Die Verhandlungen haben erfreulicherweise vor allem ergeben, daß die in der dorthin Eingabe zum Ausdruck gebrachte Verdrüsslichkeit nicht gerechtfertigt ist, der dem Zentralverbande durch das Schreiben des Arbeitgeberverbandes vom 16. Februar d. J. — Tagel.-Nr. 359/16 — mitgeteilte Verzicht der Ausübung, wodurch die Gewährung einer Steuerzulage einstimmig abgelehnt worden ist, wolle auch eine derartige Regelung der Frage einer Angelegenheit verwendet werden. Nach den übereinstimmenden Erklärungen mehrerer, verschiedener Fachgruppen vertretender Vorstandsmitglieder des Unternehmerver-

bandes hat dessen Zentralleitung gegen Gewährung von Steuerzulagen grundsätzlich durchaus nichts einzuwenden. Sie ist nur bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den verschiedenen Fachgruppen und Gegenden, sowie auch mit Rücksicht auf ihre Stellung zu dem Gesamtverbande wie zu den einzelnen Bezirksverbänden nicht in der Lage, allgemeingültig die Gewährung einer solchen Zulage zu beschließen oder gar vorzuschreiben. Vielmehr muß sie die Stellungnahme hierzu den Leitungen der einzelnen Bezirksverbände überlassen und demgemäß dem Zentralverband der Steinarbeiter anheimzustellen, sich an diese Leitungen ihren Wünschen und Vorschlägen zu wenden. Tatsächlich sind ja bereits, wie auch die dortige Eingabe selbst anführt, in einer ganzen Reihe von Orten Steuerzulagen bewilligt worden. Die Vorstands- und Ausschussmitglieder des Arbeitgeberverbandes, mit denen hier verhandelt worden ist, haben dies bekräftigt und hinzugefügt, daß inzwischen weitere Bewilligungen erfolgt seien und in einigen Bezirken Verhandlungen darüber schweben. In anderen Bezirken sollen die Arbeiter bisher keine Zuschüsse verlangt haben.

Zur Vermittlung von Mißverständnissen wird der Vorstand des Arbeitgeberverbandes seinen Bezirksverbänden mitteilen, daß Verhandlungen mit dem oben dargelegten Ergebnis im Reichsamt des Innern stattgefunden haben und ihnen überlassen bleibe, mit dem dortigen Verbands, sofern dieser an sie herantritt, über die Gewährung von Steuerzulagen zu verhandeln, auch solche Zulagen gegebenenfalls zu bewilligen.

Im übrigen sind die Arbeitgeber, wie die Verhandlungen ebenfalls ergeben haben, bereit, den Arbeitern Gelegenheiten zu Mehrverdienst durch Überarbeit (!!), die als solche gelohnt werden soll, zu geben.

Nicht unerwähnt darf hierbei bleiben, daß in den Verhandlungen von Vertretern verschiedener Fachgruppen betont worden ist, die Unternehmer befinden sich vielfach — insbesondere infolge des starken Niedergangs der Aufträge, der Konkurrenz der Erzeugnisse verarbeitenden Betriebe und der erheblichen Steigerung der Preise für das Rohmaterial und alle zur Bearbeitung erforderlichen Stoffe — selbst in so beengter Lage, daß sie nicht imstande seien, zu den Löhnen, die übrigens teilweise erst vor kurzem erhöht worden seien und denen die Leistungen der gegenwärtig beschäftigten Arbeiter oft nicht entsprechen, noch Zuschüsse zu zahlen.

Dem Zentralverband wird ergebenst anheimgestellt, über den weiteren Verlauf der Angelegenheit Mitteilung hierher gelangen zu lassen.

An den
Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands
in Leipzig.

Das Reichsamt des Innern hat sich, wie der Wortlaut des Schreibens besagt, unserer Eingabe — wir schreiben es ohne Vorbehalt — in gründlicher Weise angenommen. Es haben also mit den Vertretern des Deutschen Steinindustrie-Verbandes eingehende Verhandlungen stattgefunden. Bedauert kann nur werden, daß hierzu leider Arbeitervertreter nicht zugezogen wurden. Die Unternehmervertreter geben nun jetzt ihrem eigenen Beschluß vom 16. Februar 1916 eine ganz andre Deutung, sie haben den Beschluß gegenüber der Regierung nun auf einmal ganz anders ausgelegt. Die jetzige Auslegung kann uns nur willkommen sein, aber warum sagte der Unternehmerverband dieses nicht selbst in seinem Schreiben? Wer jenen Beschluß (vom 16. Februar) zur Kenntnis nimmt, und die Auslegung dazu, welche die Unternehmer vor dem Reichsamt des Innern abgaben, wird nun unwillkürlich den Kopf schütteln und sagen: Wie ist die Deutungskunst nur möglich? Wir können uns die Wendung der Dinge ja erklären. Der besagte Berliner Beschluß war nicht zu rechtfertigen, besonders aber nicht vor dem Reichsamt des Innern. Wir betonen ausdrücklich, daß sich die Bezirksverbände mit Wonne auf den Berliner Beschluß stützten. Daran ist nicht zu denken; wir müssen dies aus geschichtlichen Gründen feststellen. Wenn aber der Beschluß von den Unternehmern dennoch nicht überall — durchgeführt werden konnte, so lag dies an dem Vorzeichen unserer Verbandsleitung.

Auch wir sind der Meinung, daß es in der Steinindustrie schwer ist, die Höhe der Steuerzulagen allgemein festlegen zu wollen. Das dieses nicht angängig ist, besser gesagt praktisch nicht durchgeführt werden kann, wissen auch wir. Aber in Berlin erklärte man ja „einstimmig“: Es gibt überhaupt nichts! Der Beschluß sollte ja wahrheitlich beweisen, daß den Unternehmern der Rücken gestärkt werden sollte, Steuerzulagen ja nicht zu gewähren.

Nun, die Dinge haben einen ganz andern Verlauf genommen, als sie im Arrangement des Unternehmerverbandes vorgesehen waren. Diese Wendung wurde durch das Eingreifen des Reichsamts des Innern, ebenfalls zugunsten der Kollegen, noch gesteigert.

Unsere Verbandsleitung wird der Regierung darüber noch Bericht erstatten, in welchen Gebieten die Gewährung von Steuerzulagen noch auf Schwierigkeiten stößt. Im übrigen aber müssen wir dem widersprechen, daß sich die Kollegen, um einen Mehrverdienst zu erlangen, etwa auf „Überarbeit“ einlassen sollen. Dessen Vorwärtigkeit können wir nicht empfehlen, denn es hat lange genug gedauert, bis in der Steinindustrie die ungerollte Arbeitszeit befristet werden konnte.

Eine neue Wendung.

Bezeichnender Weise war schon gesagt, da hier aus ein sehr wichtiger Schriftstück auf den Redaktionsstisch. Nämlich die Angaben, welche die Herren im Reichsamt des Innern abgaben, stimmten mit den Anweisungen, die der Deutsche Steinindustrie-Verband unterm 16. Januar an seine Mitglieder gab, absolut nicht überein. Demnach, daß jener Verband seinen Mitgliedern jagte streng ver-

boten hat, Steuerzulagen zu gewähren, lassen wir das Schriftstück folgen. Das Schriftstück lautet folgendermaßen:

Deutscher Steinindustrieverband

E. B.

Berlin, N. 4, 30. Januar 1916.

An unsere Herren Mitglieder!

Sehr geehrter Herr Kollege!

In der am 17. d. M. zu Berlin stattgefundenen Ausschusssitzung unseres Verbandes wurde angesichts der überaus schwierigen Lage der deutschen Steinindustrie einstimmig folgender Beschluß gefaßt, der hiermit als verbindlich für alle unsere Mitglieder zu Ihrer Kenntnis gebracht wird.

Nach eingehender Erörterung der gegenwärtigen Lage der Steinindustrie durch die anwesenden Vertreter der sämtlichen Verbandsbezirke kommt die Versammlung zu dem Ergebnis:

Die Steinindustrie sieht sich außerstande, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Selbstkosten durch Bewilligung von Steuerzulagen oder Pöschzulagen noch weiter zu steigern. Es wird hiernach als verbindlich für die einzelnen Bezirke und Mitglieder beschlossen, darauf hinzuwirken, daß die in 1916 ablaufenden Tarife entweder um den gewünschten Zeitabschnitt oder aber bis 6 Monate nach Demobilisation unverändert verlängert werden.

Direkte oder indirekte Bewilligungen durch einzelne Mitglieder müssen hiernach als ausgeschlossen gelten. Die Verhandlung etwaiger Tarifkündigungen hat sachungsgemäß zu erfolgen.

Hochachtungsvoll

Deutscher Steinindustrieverband

E. B.

Wir fragen angesichts dieser Anweisung an die Mitglieder, daß nichts bewilligt werden darf, wie es möglich ist, daß dem Reichsamt des Innern ganz entgegengesetzte Angaben gemacht werden konnten? Es wird sich sehr nötig machen, daß in der Unternehmerzeitung, dem „Steinbildhauer“, darüber Auskunft gegeben wird. Im Reichsamt des Innern gaben die Herren Vertreter der Steinindustrie an, daß die Zentralleitung gegen die Bewilligung von Steuerzulagen nichts einzuwenden hätte, aber vornehm war schon die entgegengesetzte Anweisung an die sämtlichen Mitglieder gegeben worden. Im Ministerium wird man höchlich den Kopf schütteln über eine solche Fretzführung. Unsere Kollegen können aber aus dem Verlauf der ganzen Bewegung ersehen, wie ungebauer schwer es war, überhaupt Steuerzulagen herauszuholen zu können. Es wird gut sein, wenn sich die Kollegen vorstehenden Briefwechsel gut aufbewahren.

Zum Artikel des Kollegen Lachmann.

Die Entgegnung des Kollegen J. Lachmann in Nr. 10 des „Steinarbeiter“ über den Artikel der Redaktion: Fraktionsspaltung, veranlaßt mich, auch kurz meine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Wenn Kollege Lachmann glaubt, durch den Artikel der Redaktion könne eine Zerlegung unseres Verbandslebens eintreten, so bin ich gerade gegenteiliger Meinung. Die Redaktion hat mit ihrem sachlich gehaltenen Artikel vollständig das Richtige getroffen und wird dabei auch die übergroße Mehrheit unserer Verbandskollegen hinter sich haben. Wenn Lachmann aus dem Artikel eine Vermittlung der Scheidemann-Overl-Gruppe herausliest, so ist ja in seinem Eingekleid daselbst für die 18 Abgeordneten enthalten. Glaubt denn Lachmann mit seinem Eintreten für die Fraktionsminderheit dem Verband einen Dienst zu leisten? Das Gegenteil ist richtig. Ich selbst bin ja ebenfalls nicht in allen Punkten mit dem Sinn der Mehrheit vollständig einverstanden, doch steht das Ziehen der 18 mit ihrer Verärgerungspolitik unter jeder Kritik. Ich halte einmal daran fest, daß das Ausschneiden der 18 Genossen aus der Fraktion mit seinen Begleitumständen ein Disziplinbruch ist, und daß auch diese 18 noch nicht bewiesen haben, daß sie mit ihrer Politik den richtigen Weg eingeschlagen haben, um das gemeinsame Ziel, den baldigen Frieden, zu erreichen. Wenn Lachmann glaubt, nach dem Kriege wird sich ein großer Teil der Mehrheit anders bestimmen, so glaube ich, daß es hier kein Bestimmen mehr gibt. Die Fraktionsmehrheit ist auf ihrem Standpunkt vom 4. August 1914 stehen geblieben und hat ihre Bestimmung nicht so wie wieder nichts geändert, wie das bei der Minderheit der Fall ist. Ich erkläre offen und ehrlich: Daben diese 18 Genossen erlaube ich, daß sich die Fraktion auf einem falschen Weg befindet, als sie der Regierung die Mittel bewilligte, so hätten sie die Pflicht gehabt, erst recht in der Fraktion zu verbleiben und alles daran zu setzen, um die Fraktion vom falschen auf den richtigen Weg zu bringen. Aber darum scheint es, was es den Ausgeschiedenen nicht zu tun, sondern das Ziel derselben sehr nach allem, was sie bisher gezeigt, dahin, eine Spaltung der Partei herbeizuführen.

Wenn nun Lachmann in seiner Zuschrift an den Zentralvorstand dreht, die Angelegenheit in der Berliner Zählkollisionsversammlung zur Sprache bringen zu wollen, so halte ich meine Berliner Kollegen für verdrüssig genug, auf solche Vorkämpfe (wie Trohuna mit Beitragsverweigerung) die nötige Antwort zu erteilen. Denn wenn man andre als „Anschreier“ beschäftigen will, dann soll man sich nicht selbst auf die gleiche Stufe stellen.

Dann hat Lachmann eine vorerfüllt! Soll ein Arbeiterblatt nicht berechtigt sein, über die Spaltung der Deutschen Verdrüssigen zu schreiben? Das müßte eine hervorragende Redaktion sein, die über ein so wichtiges Vorkommnis einfach Schweigen über den Fall. Die Regierung der Spaltung war natürlich und nahe dem Anlaß, daß sich für die Einheit innerhalb der Fraktionsmehrheit klar und deutlich aussprechen. Soll dieses nach Lachmanns Meinung etwa nicht möglich sein?

Nach

Dehler.

Korrespondenzen.

Berlin. Die Verbandsleitung des Zentralverbandes aller Steinarbeiter hat am 17. d. M. zu Berlin stattgefunden. Die Verhandlungen wurden durch die überaus schwierige Lage der deutschen Steinindustrie einstimmig folgender Beschluß gefaßt, der hiermit als verbindlich für alle unsere Mitglieder zu Ihrer Kenntnis gebracht wird.

Sehrer Präsident von Zimmermannschaften Groß-Berlins haben den...

Die am 4. Mai 1918 im Kaiserlichshaus folgende Verammlung...

Der Sa hierer gibt hierauf die Abrechnung vom letzten Quartal...

Beucha. Sonntag, den 7. Mai, fand im Restaurant zur „Guten...

Frankfurt a. M. In der am 2. Mai im Gewerkschaftshaus...

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. Die Ortsvereinigungen...

Bei Fortsetzungen ist zu beachten, daß ausgefüllte Krank...

führer, Herr Rauf, verweist die Kollegen an den Reichstankler...

Am 1. Mai 7. Mai fand unsere Quartalsversammlung statt...

Rundschau.

Jubiläum im Deutschen Bauarbeiterverband. Mitten im Kriegstoben...

Der geistliche Werdegang der beiden Organisationen bis zu...

Literarisches.

Arbeiterkalender für 1918. Verlag des Vorwärts, Berlin. Preis...

Zeitschriften für Kriegsergriffene und Kriegerdenkmäler. (Verlag...

Dokumente zum Weltkrieg. Herausgegeben von Eduard Bernheim...

Im Felde gefallen. find nachfolgende Kollegen: Friedrich Ernst Philipp...

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Todesfälle veröffentlicht...

Ins. 2.40. Mendßburg 4.00. Eschershausen 97.00. Mainz 20...

Adressen-Veränderungen. Effen. Borl. u. Raff: Peter Schmitz, Hagenaustraße 21.

Anzeigen

Granitsteinmetzen auf grauen schiefelichen und schwarzen schwedischen Granit...

Tücht. Steinbrucharbeiter werden für unsern Bruch Waldstein bei Weippenstadt bei...

Einige tücht. Maschinenschleifer finden sofort dauernde Beschäftigung. Wilhelm Reisch, Selb...

Granitsteinmetzen finden dauernde Beschäftigung bei hohem Stundenlohn. Stettiner Steinindustrie...

Einen tüchtigen Steinmetz suchen sofort. S. Basse u. Sohn, Stade (Hannover)...

Tücht. Granitsteinmetzen u. Schleifer stellt sofort ein Granitwerk Keil & Co., Dresden-Neustadt...

Tüchtige Schrifthauer sucht M. Redmann, Berlin-Pankow, Schulgasse 21.

Steinmetz für bessere Grabsteinarbeit sofort gesucht. 80 Pfg. Stundenlohn. Mag Furcht...

Fünf Steinmetzen auf Grabsteinarbeit in Sandstein sofort gesucht. Heinrich Liebrau...

Steinmetzen f. Hand- u. Maschinenarbeit sucht in dauernde Beschäftigung. Leder, Berlin S. 42...

Im Felde gefallen. find nachfolgende Kollegen: Friedrich Ernst Philipp...

Gestorben. Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Todesfälle veröffentlicht...

Verantwortlicher Redakteur: Paul Starke, Leipzig. Herausgeber: der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.